

Übersicht

über die vom Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 4. Sitzung am 11.12.2014 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 03. Sitzung des Kreistages am 30.10.2014	Anerkannt	
2.	Genehmigung eines Eilbeschlusses nach § 50 Abs. 3 KrO NRW: Bestimmung von Mitgliedern der Veranstaltergemeinschaft für den Lokalfunk Bonn/Rhein-Sieg e. V.	102/14 Genehmigung	einstimmig, Seite 7
3.	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW: Ergänzungswahl zur Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)	103/14 Genehmigung	einstimmig, Seite 8
4.	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien		
4.1.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 10.11.2014: Umbesetzung der Gesellschafterversammlung der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (RSAG)	104/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 8
4.2.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 10.11.2014: Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Naturpark Rheinland"	105/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 9
5.	Antrag der LINKE-Kreistagsfraktion vom 30.06.2014: Aussetzung des Vergabeverfahrens zur Ausschreibung der Rettungsdienste bis zur Umsetzung der Vergaberichtlinie 2014 in deutsches Recht	Kenntnisnahme, Antrag zurückgezogen	
6.	Antrag der LINKE-Kreistagsfraktion vom 24.11.2014: Erhaltung der medizinischen Nahversorgung im östlichen Rhein-Sieg-Kreis	106/14 Ablehnung	MB ./ LINKE + FUW-Piraten, E. Abg. Dr. Fleck + Meise, Seite 11
7.	Inklusion - Einrichtung eines Inklusions-Fachbeirates	von der TO abgesetzt	
8.	Abfallentsorgung im Rhein-Sieg-Kreis		
8.1.	Satzung über die Heranziehung zu Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis in seinem Gebiet der 19 kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der ab 01.01.2015 gültigen Fassung	107/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 11
8.2.	Satzung über die Entsorgung von Abfällen (Abfallsatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis im Gebiet der 19 kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der ab 01.01.2015 gültigen Fassung	108/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 12

8.3.	Übertragung der Entsorgungspflicht für Bioabfälle aus der kommunalen Sammlung auf den Zweckverband Rheinische Entsorgungs-Kooperation (REK)	Kenntnisnahme	
9.	Änderung der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg	von der TO abgesetzt	
10.	Änderung der Unternehmenssatzung der RSAG AöR	109/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 12
11.	4. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005	110/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 13
11.1.	16. Änderung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 16.02.1971 in der Fassung vom 12.12.2013 - Anpassung der Beförderungsentgelte	111/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 13
12.	Einbringung des Haushaltsentwurfs für die Haushaltsjahre 2015 / 2016 in den Kreistag	siehe Niederschrift	
13.	Mitteilungen und Anfragen Nichtöffentlicher Teil	Kenntnisnahme	
14.	Änderung der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg	von der TO abgesetzt	
15.	Antrag der LINKE-Kreistagsfraktion vom 24.11.2014: Erhaltung der medizinischen Nahversorgung im östlichen Rhein-Sieg-Kreis	---	
16.	Mitteilungen und Anfragen	---	

Niederschrift

über die in der 4. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 11.12.2014 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 16:55 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 28.11.2014
Einladungsnachtrag vom: 04.12.2014

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender

Herr Sebastian Schuster

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Oliver Baron
Herr Jürgen Becker
Frau Renate Becker-Steinhauer
Herr Dr. Torsten Bieber
Herr Norbert Chauvistré
Frau Brigitte Donie
Herr Christoph Fiévet
Herr Björn Franken
Herr Franz Gasper
Frau Katharina Gebauer
Herr Dr. Josef Griese
Herr Jörg Erich Haselier
Frau Hildegard Helmes
Herr Hans-Peter Höhner
Herr Ivo Hurnik
Frau Silke Josten-Schneider
Herr Marcus Kitz
Herr Oliver Krauß
Frau Gabriele Kretschmer
Herr Joachim Kühlwetter
Frau Notburga Kunert
Frau Sigrid Leitterstorf
Herr Oliver Roth
Herr Josef Schäferhoff
Herr Martin Schenkelberg
Herr Raimund Schink
Herr Matthias Schmitz
Herr Christian Siegberg
Herr Michael Solf
Herr Michael Söllheim
Herr Andreas Sonntag
Herr Helmut Weber

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht
Frau Bettina Bähr-Losse
Frau Gisela Becker
Herr Harald Eichner
Frau Stefanie Göllner
Herr Folke große Deters
Herr Sebastian Hartmann
Herr Volker Heinsch
Frau Veronika Herchenbach-Herweg
Frau Ute Krupp
Herr Paul Lägel
Frau Nicole Männig
Frau Cornelia Mazur-Flöer
Frau Joline Piel
Herr Udo Scharnhorst
Herr Björn Seelbach
Frau Susanne Sicher
Frau Ursula Studthoff
Herr Dietmar Tandler
Herr Achim Tüttenberg
Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Michaela Balansky
Frau Johanna Bientreu
Frau Gabi Deussen-Dopstadt
Frau Alexandra Gauß
Frau Edith Geske
Herr Burkhard Hoffmeister
Herr Martin Metz
Frau Irmhild Schaffrin
Herr Ingo Steiner
Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Christoph Cáceres Ayllón
Frau Renate Frohnhofer
Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann
Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty
Frau Nicole Westig-Keune

Kreistagsabgeordnete DIE LINKE

Herr Frank Kemper
Herr Michael Lehmann
Herr Michael Otter

Kreistagsabgeordnete AfD

Herr Dr. Yorck Dietrich
Herr Norbert Klein
Herr Vladimir Skoda

bis 16:50 Uhr

in der 4. Sitzung des Kreistages am 11.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Kreistagsabgeordnete FUW-Piraten

Frau Anja Moersch
Frau Maria Luise Streng

Kreistagsabgeordnete NPD

Frau Ariane Christine Meise

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Klaus Döhl
Herr Tim Salgert

Unentschuldigt fehlten: ---

Vertreter/innen der Verwaltung:

KD'in Heinze
Ltd. KVD Allroggen
Ltd. KVD Carl
Ltd. KVD Jaeger
Ltd. KVD'in Udelhoven
Dezernent Schwarz
Dezernent Wagner
Ltd. KVD Liermann
KVD'in Böker
KVD Hahlen
KVD Land
KVD'in Waibel
VA Dr. Sarikaya
KVR Pütz
KOAR Bourauel
KOAR Freier
KAR'in Busch
KAF Schmitz
KOI Lückeroth
KI'in Redenius
KIA Otto
Pressereferentin Lorenz
VA Boomgaren
VA Rellecke
KHS Skirke
KVR Herkenrath – Schriftführer

Gäste: ---

in der 4. Sitzung des Kreistages am 11.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten

Der Landrat eröffnete die 4. Sitzung des Kreistages und begrüßte die Anwesenden. Anlässlich der letzten Sitzung des Kreistages in diesem Jahr lud er die Kreistagsmitglieder herzlich zu einem Kölsch und kleinen Imbiss im Foyer vor dem Sitzungssaal im Anschluss an die Sitzung ein. Zudem überreichte er den Kreistagsmitgliedern heute das neue Handbuch des Kreistages für die neue Wahlzeit ab dem 01.06.2014 sowie anlässlich der letzten Sitzung des Kreistages im Jahr 2014 und als kleines Dankeschön für deren ehrenamtliches Engagement das Jahrbuch des Rhein-Sieg-Kreises.

Sodann gratulierte der Landrat in Abwesenheit dem Abg. Tim Salgert (CDU) zu seinem 30. Geburtstag am 21.10.2014. Herr Salgert habe auf der Fahrt zur Sitzung leider einen Verkehrsunfall gehabt und hoffe, noch zur Sitzung kommen zu können.

Der Landrat nahm Bezug auf die Einladung vom 28.11.2014 und den Nachtrag vom 04.12.2014. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei. Zudem seien heute noch Tischvorlagen zu TOP 6 „Antrag der LINKE-Kreistagsfraktion vom 24.11.2014: Erhaltung der medizinischen Nahversorgung im östlichen Rhein-Sieg-Kreis - hier: Erläuterungen der Verwaltung“ und zu TOP 13 „Mitteilungen und Anfragen - hier: Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.12.2014 zur Schulsozialarbeit im Rhein-Sieg-Kreis“ verteilt worden.

Zur Tagesordnung schlug der Landrat vor, TOP 7 „Inklusion – Einrichtung eines Inklusions-Fachbeirats“ sowie TOP 9 „Änderung der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg“ im öffentlichen Teil und den gleichlautenden TOP 14 im nichtöffentlichen Teil von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen.

Zur Begründung zu TOP 7 trug er vor, dass im Kreisausschuss am 08.12.2014 Einvernehmen bestanden habe, die Thematik zunächst in die Haushaltsberatungen zu verweisen, da dies auch haushaltsrelevant sei und man sich hier noch einmal über die Rahmenbedingungen unterhalten könne. Insoweit habe der Kreisausschuss auch keine Beschlussempfehlung an den Kreistag ausgesprochen. Er habe darüber hinaus am 08.12.2014 auch Gelegenheit gehabt, dies noch einmal mit den Fraktionsvorsitzenden zu besprechen.

Zu TOP 9 und 14 wies er darauf hin, dass im Zuge der Sitzung des Finanzausschusses am 02.12.2014 diese Tagesordnungspunkte nicht abschließend beraten und insbesondere noch keine Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss und Kreistag ausgesprochen werden konnte, da der zur Sitzung eingeladenen Geschäftsführer des VRS/NVR, Herr Schmidt-Freitag, nicht anwesend gewesen sei. Die weitere Beratung sei daher in die nächste Sitzung des Finanzausschusses am 18.03.2015 vertagt worden. Herr Schmidt-Freitag solle nun zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses erneut eingeladen und die offenen Fragen sodann beraten werden. Er sei auch der Meinung, dass sich der Fachausschuss mit dieser Problematik befassen müsse. Die entsprechenden TOP seien daher auch bereits in der Sitzung des Kreisausschusses am 08.12.2014 einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt worden. Aktueller Informationsstand sei zudem, dass dem Verband keinerlei Nachteile entstünden, wenn man dies heute nicht verabschiede.

in der 4. Sitzung des Kreistages am 11.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr. 101/14 **Der Kreistag beschließt, die Tagesordnungspunkte 7 „Inklusion – Einrichtung eines Inklusions-Fachbeirats“, 9 „Änderung der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg“ im öffentlichen Teil und den gleichlautenden Tagesordnungspunkt 14 im nichtöffentlichen Teil von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen.**

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

Der Landrat fragte, ob es weitere Wünsche zur Tagesordnung gebe. Dies war nicht der Fall.

1	Niederschrift über die 03. Sitzung des Kreistages am 30.10.2014	
---	---	--

Der Landrat nahm Bezug auf einen Hinweis des Abg. Dr. Fleck, wonach zu Tagesordnungspunkt 10.2 auf Seite 26 der Niederschrift ein falsches Abstimmungsergebnis protokolliert worden sei. In der Tat müsse es hier anstatt „Einstimmig, E. Abg. Dr. Fleck + Meise“ richtig „Einstimmig“ heißen, wie auch in der Übersicht auf Seite 3 ausgeführt. Es habe sich insoweit um einen redaktionellen Fehler gehandelt, der mit Schreiben vom 26.11.2014 berichtigt worden sei. Zudem habe Abg. Dr. Fleck unter TOP 3 noch um Erläuterung gebeten, wie viele Stimmen dafür ausschlaggebend gewesen seien, dass die AfD anstatt mit 2 Sitzen nach einer Rundung dann mit 3 Sitzen in den Kreistag eingezogen sei. Eine entsprechende Stellungnahme der Verwaltung sei ebenfalls mit dem v. g Schreiben an alle Kreistagsmitglieder versandt worden.

Weitere Einwendungen lagen nicht vor. Die Niederschrift in der insoweit berichtigten Fassung gilt somit als anerkannt.

2	Genehmigung eines Eilbeschlusses nach § 50 Abs. 3 KrO NRW: Bestimmung von Mitgliedern der Veranstaltergemeinschaft für den Lokalfunk Bonn/Rhein-Sieg e. V.	
---	---	--

B.-Nr. 102/14 **Der Kreistag genehmigt nach § 50 Abs. 3 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) nachfolgenden, vom Kreisausschuss in seiner Sitzung am 24.11.2014 gefassten Eilbeschluss:**

Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises wählt

- 1. das Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises, Frau Katharina Gebauer,**
- 2. das Mitglied des Rates der Stadt Bonn, Herrn Bürgermeister Reinhard Limbach,**

für die Dauer von sechs Jahren als Mitglieder in die Veranstaltergemeinschaft für den Lokalfunk Bonn/Rhein-Sieg e. V..

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

in der 4. Sitzung des Kreistages am 11.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
3	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW: Ergänzungswahl zur Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses im Zuge seiner Sitzung vom 08.12.2014.

B.-Nr.
103/14

Der Kreistag genehmigt die nachstehende, am 13.11.2014 gefasste Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 Kreisordnung NRW:

Zur Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH) durch die Zweckverbandsversammlung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg werden vorbehaltlich der Wahl von Herrn Landrat Schuster zum Vorstandsvorsteher des Zweckverbandes VRS am 14.11.2014 und ergänzend zum Beschluss des Kreistages vom 21.08.2014 benannt:

Vertreter/in Stellvertreter/in

- | | |
|------------------------------|--------------------------------|
| 1. MdL Horst Becker | 1. Ltd. KVD Michael Jaeger |
| 2. Abg. Oliver Krauß (CDU) | 2. Abg. Matthias Schmitz (CDU) |
| 3. Abg. Volker Heinsch (SPD) | 3. Abg. Gisela Becker (SPD) |

Die Vertreter in der **Verbandsversammlung des VRS** werden vorbehaltlich der Wahl von Herrn Landrat Schuster zum **Verbandsvorsteher des Zweckverbandes VRS** angewiesen, die oben Benannten als **Aufsichtsratsmitglieder in der Zweckverbandsversammlung des VRS** zur Wahl vorzuschlagen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

4	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	
4.1	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 10.11.2014: Umbesetzung der Gesellschafterversammlung der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (RSAG)	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses im Zuge seiner Sitzung vom 24.11.2014.

B.-Nr.
104/14

Der Kreistag beschließt, nachfolgende Umbesetzung der Gesellschafterversammlung der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH zu beschließen:

Abg. Josef Schäferhoff wird anstelle des Abg. Martin Schenkelberg als Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in die Gesellschafterversammlung der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH entsandt.

Abg. Martin Schenkelberg wird anstelle des Abg. Josef Schäferhoff als Stellvertreter des Abg. Josef Schäferhoff in die Gesellschafterversammlung der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH entsandt.

in der 4. Sitzung des Kreistages am 11.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abst.- Einstimmig.
Erg.:

4.2	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 10.11.2014: Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Naturpark Rheinland"	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses im Zuge seiner Sitzung vom 24.11.2014.

B.-Nr. Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Naturpark Rheinland":
105/14

Abg. Hildegard Helmes wird anstelle des Abg. Dr. Josef Griese als Mitglied des Rhein-Sieg-Kreises in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Rheinland“ gewählt.

Abg. Dr. Josef Griese wird anstelle der Abg. Hildegard Helmes als stellvertretendes Mitglied der Abg. Hildegard Helmes in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Rheinland“ gewählt.

Abst.- Einstimmig.
Erg.:

5	Antrag der LINKE-Kreistagsfraktion vom 30.06.2014: Aussetzung des Vergabeverfahrens zur Ausschreibung der Rettungsdienste bis zur Umsetzung der Vergaberichtlinie 2014 in deutsches Recht	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die mehrheitlichen Beschlussempfehlungen gegen die Stimmen der LINKEN in den Sitzungen des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 28.10.2014 und des Kreisausschusses am 24.11.2014. Zudem habe die Kreisdirektorin in der Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 09.12.2014 darüber berichtet, dass am 05.12.2014 die Ausschreibungsunterlagen hätten versandt werden können und hierbei nochmals auf die rechtlichen Konsequenzen und mögliche Schadensersatzansprüche hingewiesen, wenn der Kreis dies nicht umsetzen würde.

Abg. Otter führte aus, man sei seinerzeit von der Situation mit der Initiierung des Ausschreibungsverfahrens durch den damaligen Landrat Kühn überrascht worden. Damals hätten sich alle Parteien mehr oder weniger darüber entrüstet, dass diese Ausschreibung überhaupt zu dem Zeitpunkt erfolgt sei. Es habe viele Stimmen gegeben, dass man das jetzt zurückfahren wolle. Seine Fraktion habe daraus einen Antrag gemacht, der auch wichtig gewesen sei, um diese Ausschreibung kritisch zu begleiten und hier die Interessen der Beschäftigten im Rettungsdienst sowie der Bevölkerung für einen qualitativ hochwertigen Rettungsdienst sicher zu stellen. Zu den genannten juristischen Bewertungen stellte er fest, dass sich solche in der Vergangenheit auch in anderen Bereichen bereits zuweilen als nicht korrekt erwiesen hätten. Seine Fraktion sei insofern der Ansicht, dass man solche Dinge hinterfragen sollte. Da man in dem konkreten Verfahren aber das Ziel einer kritischen Begleitung des Verfahrens erreicht habe, ziehe er den Antrag hiermit zurück.

in der 4. Sitzung des Kreistages am 11.12.2014

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Landrat merkte an, eine entsprechende Anfrage in juristischer Hinsicht, auch zu möglichen Schadensersatzansprüchen, hätte man selbstverständlich gerne beantwortet. Die LINKE-Kreistagsfraktion habe es aber vorgezogen, dies als politischen Antrag einzubringen.

6

Antrag der LINKE-Kreistagsfraktion vom 24.11.2014:
Erhaltung der medizinischen Nahversorgung im östlichen Rhein-Sieg-Kreis

Der Landrat teilte mit, dass über die Thematik zuletzt in den Sitzungen des Kreisausschusses am 24.11.2014 und 08.12.2014 ausführlich berichtet und diskutiert worden sei. Es liege nunmehr eine mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 08.12.2014 vor.

Abg. Kemper unterstrich, dass das Krankenhaus in Eitorf als tragende Säule der Nahversorgung für die Bevölkerung auch über Eitorf hinaus akut gefährdet sei. Richtig sei, dass man einen gleichlautenden Antrag noch als Gruppe bereits am 21.02.2014 gestellt habe. Auf den seinerzeitigen Hinweis, dass öffentliche Diskussionen hier schädlich seien, habe man Ruhe gehalten und den Antrag zurückgezogen. Dann sei das Krankenhaus in der Insolvenz „gelandet.“ Am 15.09.2014 – nach der Insolvenz - habe seine Fraktion den Antrag dann erneut gestellt. Auch hier habe es geheißen, dass es besser sei, den Patienten in Ruhe genesen zu lassen. Seine Fraktion habe sich „breitschlagen lassen“, den Antrag erneut zurückzuziehen. Dann seien Entlassungen gefolgt. Nun habe man den Antrag zum dritten Mal gestellt, weil man denke, dass der Kreis hier nun Farbe bekennen und sich einschalten müsse. Es könne nicht sein, dass man einfach nur zuschauen, wie dieses Krankenhaus dahindarbe und möglicherweise irgendwann die medizinische Versorgung einstellen müsse. Der Antrag beinhalte zwei Komponenten. Zum einen solle der Landrat Gespräche führen mit dem Ziel einer Übernahme. Direkte Gespräche zwischen dem Krankenhausträger und dem Landrat halte man für unabdingbar. Zum anderen solle ein Plan B entwickelt werden, was man machen wolle, wenn das Krankenhaus seine medizinischen Leistungen nicht mehr erbringen könne. Hierfür sollte man vorbereitet sein. Wichtig sei, dass die medizinische Versorgung gerade in dieser ländlich durchaus benachteiligten Region aufrechterhalten werde. Sich hier zu verweigern, könne nicht die Lösung sein. Auch könne er dem Argument, dass Diskussionen nur schaden, nicht folgen, denn das hieße ja, hier nur zuzuschauen und dass all die Menschen, die 48 Wochen für den Erhalt der Geburtsstation gekämpft und protestiert hätten, dem Krankenhaus geschadet hätten. Er sei hingegen der Überzeugung, dass dies dem Krankenhaus eher genutzt und eine Sensibilisierung für die Situation geschaffen habe. Seine Fraktion hoffe, dass dies noch zu einem positiven Ende führe und die anderen Fraktionen ihre Haltung noch einmal überdenken.

Der Landrat trat vehement der Behauptung entgegen, seitens der Verwaltung sei zu irgendeinem Zeitpunkt gesagt worden, dass durch den Einfluss des Rhein-Sieg-Kreises hier irgend etwas besser werden könnte. Vielmehr sei durch die politischen Mehrheiten auch in den Ausschüssen immer betont worden, dass dies Sache des Privatinvestors sei. Zum Zeitpunkt dieser Diskussionen sei das also nie Sache des Landrates oder der Verwaltung gewesen. An dieser Einstellung habe sich bis heute weder juristisch noch tatsächlich etwas geändert. Er wies darauf hin, dass die LINKE ihre Anträge ja auch zweimal zurückgenommen habe. Unter Hinweis auf die heutige Tischvorlage führte er zum aktuellen Stand aus, dass der Geschäftsführer am 28.11.2014 in einer E-Mail mitgeteilt habe, dass er das Schiedsstellenverfahren eingeleitet habe, was der konsequente nächste Schritt sei. Dies würde kein Unterneh-

in der 4. Sitzung des Kreistages am 11.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

mer einleiten, wenn er sich hiervon keine positiven finanziellen Effekte versprechen würde und hierdurch möglicherweise in die Lage versetzt werden könnte, den Erhalt des Krankenhauses sicherzustellen. Der Ausgang dieses Verfahrens sei nunmehr abzuwarten. Außerdem habe er mitgeteilt, dass ein Investorenprozess initiiert worden sei, d. h., man suche Leute, die investieren oder mit denen man zusammen die Trägerschaft modifizieren könne. Vor diesem Hintergrund seien die Verwaltung und auch der Landrat nach wie vor der Meinung, dass es keine Veranlassung gebe, hier im Sinne des Antrages der LINKE-Kreistagsfraktion tätig zu werden.

Abg. Dr. Fleck teilte mit, dass er sich bei diesem Antrag enthalten werde, weil er aus seiner Tätigkeit im Sozialausschuss wisse, dass der zuständige Dezernent hier sein Möglichstes tue. Im Grunde unterstütze er natürlich, dass das Krankenhaus erhalten bleibe. Es sei durchaus nachvollziehbar, wenn das Krankenhaus nun mitteile, dass die beiden Abteilungen „Augenklinik“ und „HNO“ geschlossen würden. Auch habe die LINKE vorgeschlagen, weitere Abteilungen anzusiedeln, was er für sinnvoll halte. Er wies drauf hin, dass es hier auch das große Gebiet der alternativen Medizin gebe.

B.-Nr. **Der Kreistag beschließt, den 3. Antrag der LINKE-Kreistagsfraktion vom 106/14 24.11.2014 „Erhaltung der medizinischen Nahversorgung im östlichen Rhein-Sieg-Kreis“ abzulehnen.**

Abst.- **MB ./. LINKE + FUW-Piraten, E. Abg. Dr. Fleck + Meise.**
Erg.:

7	Inklusion - Einrichtung eines Inklusions-Fachbeirates	
---	---	--

- von der Tagesordnung abgesetzt – vgl. „Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten“ -

8	Abfallentsorgung im Rhein-Sieg-Kreis	
---	--------------------------------------	--

8.1	Satzung über die Heranziehung zu Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis in seinem Gebiet der 19 kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der ab 01.01.2015 gültigen Fassung	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmigen Beschlussempfehlungen im Zuge der Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.11.2014 und des Kreisausschusses am 08.12.2014. Erfreulich sei, dass auch 2015 die Gebühren für die Abfallentsorgung stabil blieben. Er bedanke sich hierfür bei allen Beteiligten der RSAG mbH und AöR sowie aus dem politischen Raum.

B.-Nr. **Der Kreistag beschließt die Satzung über die Heranziehung zu Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis in der ab 107/14 01.01.2015 gültigen Fassung und das Außerkrafttreten der Satzung über die Heranziehung zu Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) vom 12.12.2013.**

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

Hinweis des Schriftführers: Die Gebührensatzung ist als **Anlage 1** beigelegt.

in der 4. Sitzung des Kreistages am 11.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

8.2	Satzung über die Entsorgung von Abfällen (Abfallsatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis im Gebiet der 19 kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der ab 01.01.2015 gültigen Fassung	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmigen Beschlussempfehlungen im Zuge der Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.11.2014 und des Kreisausschusses am 08.12.2014.

B.-Nr. **Der Kreistag beschließt die Abfallsatzung des Rhein-Sieg-Kreises in der ab 01.01.2015 gültigen Fassung und das Außerkrafttreten der Abfallsatzung vom 12.12.2013.**
108/14

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

*Hinweis des Schriftführers: Die Abfallsatzung ist als **Anlage 2** beigefügt.*

8.3	Übertragung der Entsorgungspflicht für Bioabfälle aus der kommunalen Sammlung auf den Zweckverband Rheinische Entsorgungs-Kooperation (REK)	
-----	---	--

Der Landrat teilte mit, die Kreiskämmerin habe inzwischen darauf hingewiesen, dass die in der Beschlussvorlage zu TOP 8.3 dargestellte Ergänzung der Unternehmenssatzung der RSAG AöR bereits Bestandteil der Beschlussfassung unter TOP 10 „Änderung der Unternehmenssatzung der RSAG AöR“ sei. Eine Beschlussfassung unter TOP 8.3 sei insoweit entbehrlich.

Der Kreistag nahm die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

9	Änderung der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg	
---	---	--

- von der Tagesordnung abgesetzt – vgl. „Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten“ -

10	Änderung der Unternehmenssatzung der RSAG AöR	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmigen Beschlussempfehlungen im Zuge der Sitzungen des Finanzausschusses am 02.12.2014 und des Kreisausschusses am 08.12.2014.

B.-Nr. **Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**
109/14 **Der Kreistag stimmt den im Anhang dargestellten Änderungen der Unternehmenssatzung der RSAG AöR zu.**

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

*Hinweis des Schriftführers: Die geänderte Unternehmenssatzung der RSAG AöR ist als **Anlage 3** beigefügt.*

in der 4. Sitzung des Kreistages am 11.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

11	4. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmigen Beschlussempfehlungen im Zuge der Sitzungen des Finanzausschusses am 02.12.2014 und des Kreisausschusses am 08.12.2014.

B.-Nr. **Der Kreistag beschließt, die als Anhang beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005 zu erlassen.**
110/14

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

*Anmerkung des Schriftführers: Die 4. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005 ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.*

11.1	16. Änderung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 16.02.1971 in der Fassung vom 12.12.2013 - Anpassung der Beförderungsentgelte	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung im Zuge der Sitzung des Kreisausschusses am 08.12.2014.

B.-Nr. **Der Kreistag beschließt, die der Beschlussvorlage als Anhang 1 beigefügte 16. Änderungsverordnung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 16.02.1971 in der Fassung vom 12.12.2013 zu erlassen.**
111/14

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

*Anmerkung des Schriftführers: Die 16. Änderungsverordnung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 16.02.1971 in der Fassung vom 12.12.2013 ist der Niederschrift als **Anlage 5** beigefügt.*

12	Einbringung des Haushaltsentwurfs für die Haushaltsjahre 2015 / 2016 in den Kreistag	
----	--	--

Anlässlich der Einbringung des Haushaltsentwurfs in den Kreistag hielt der Landrat seine Haushaltsrede. Er wies darauf hin, dass heute die Einbringung im Kreistag erfolge und der Haushaltsentwurf sodann in die Etatberatungen der politischen Gremien einfließe. Die Verabschiedung des Haushalts sei für die Kreistagssitzung am 26.03.2014 vorgesehen. Die Haushaltsplanentwürfe würden den Kreistagsmitgliedern im Anschluss an die Sitzung überreicht.

Anschließend ging die Kreiskämmerin Frau Ltd. KVD in Udelhoven vertiefend auf die Ausführungen des Landrates ein und veranschaulichte dies mittels einer Beamer-Präsentation.

Anmerkung des Schriftführers:

Die Haushaltsreden des Landrates und der Kreiskämmerin sowie die Beamer-Präsentation sind der Niederschrift als **Anlagen 6, 7 und 8** beigelegt. Ebenso beigelegt ist das vom Landrat in seiner Rede angesprochene Schreiben des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW vom 10.12.2014 zur „Haushaltskonsolidierung nach dem Stärkungspaktgesetz und der Gemeindeordnung für das Land NRW“ als **Anlage 9**.

Im Anschluss an die Sitzung wurden den Kreistagsmitgliedern jeweils überreicht:

- der Haushaltsplanentwurf;
- die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises sowie eine entsprechende Stellungnahme der Verwaltung. Die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden sowie der Kreisverwaltung sind der **Niederschrift als Anlage 10** nochmals beigelegt.

13

Mitteilungen und Anfragen

13.1

Abg. Streng nahm Bezug auf die Erstattung von Eingliederungshilfen von Menschen mit Behinderungen. Der Landrat habe ausgeführt, dass das Land hier 3,1 Mio. € erstatte. Das vom Landrat in seiner Rede zitierte Schreiben des Innenministers liege ihr bereits vor. Darin vertrete der Innenminister allerdings die Auffassung, dass die Kreise die auf sie entfallenden Entlastungen über eine Senkung des Kreisumlagesatzes direkt an die kreisangehörigen Kommunen weitergeben sollen. Der Innenminister gehe somit von einer Senkung der Kreisumlage aus. Hier bestehe aber eine Diskrepanz von 1,5 Mio. € zwischen der Erstattung von 3,1 Mio. € und der Zahlung der Kommunen, die sich laut Haushaltsentwurf nur um 1,6 Mio. € verringere. Sie bat hierzu um Erläuterung.

Ltd. KVD in Udelhoven entgegnete, die Kreisumlage sei das Ergebnis des Gesamthaushalts mit Erträgen und Aufwendungen. Die angesprochene „Übergangsmilliarde“ wirke sich im Haushalt mit 3,1 Mio. € positiv aus. Und dadurch, dass sie das Ergebnis insoweit verbessere, wirke sie sich automatisch auch auf die Kreisumlage aus. Ansonsten wäre der Kreisumlagesatz entsprechend höher gewesen.

Der Landrat wies darauf hin, dass im Zuge der Haushaltsberatungen noch eingehend Gelegenheit für Nachfragen bestehe.

13.2

Abg. Westig-Keune nahm Bezug auf die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration vom 03.12.2014, in der mitgeteilt worden sei, dass es am 10.12.2014 ein Gespräch mit den Bürgermeistern zum „Kommunalen Integrationszentrum“ geben sollte. Sie erkundigte sich nach den Ergebnissen dieses Gesprächs.

Ltd. KVD Allroggen berichtete, dass es gestern ein erstes Informationsgespräch mit vier hierfür benannten Vertretern der Städte und Gemeinden gegeben habe. Man habe sich über den derzeitigen Aufgabenbestand vor Ort und über die Möglichkeiten, wie das Kommunale Integrationszentrum des Kreises die Aufgabenerfüllung vor Ort verstärken und unterstützen könne, unterhalten. Für Januar 2015 sei ein weiteres Gespräch vereinbart worden. Es deute sich an, dass ein hoher Hilfebedarf im Bereich der Sprachförderung für Kinder und Jugendliche bestehe.

Abg. Westig-Keune fragte, ob es bei der mehrheitlichen Ablehnung des Kommunalen Integrationszentrums durch die Bürgermeister der Kommunen geblieben sei.

Der Landrat merkte an, man habe durchaus vernommen, dass die Bürgermeister hiervon nicht begeistert gewesen seien. Herr des Verfahrens sei aber der Kreistag. Hierzu liege eine eindeutige Beschlusslage zur Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums vor. Bisher liege ihm auch kein politischer Antrag vor, dies wieder rückgängig zu machen. Inzwischen habe man den Genehmigungsbescheid des Landes erhalten und bereits Personal hierfür ausgesucht. Im Zuge der Beratungen des Eckdatenpapiers zum Kreishaushalt anlässlich einer Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz sei mit den Bürgermeistern im Übrigen vereinbart worden, dass das Projekt so weitergeführt werden könne, wenn man die geplante Erhöhung der Kreisumlage zurücknehmen könne. Er sei sich sicher, dass sich die Bürgermeister/innen vor dem Hintergrund der Entwicklungen in diesem Bereich von der Notwendigkeit überzeugen lassen werden.

Ltd. KVD Allroggen verwies auf ein Gespräch mit den Sozialdezernenten u. a. zum Thema „Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen“, das bereits vor dem v. g. Informationsgespräch mit den vier Vertretern der Städte und Gemeinden auf Wunsch der Kommunen stattgefunden habe. Dort sei fast eine Stunde lang von nahezu allen Kommunen vorgetragen worden, wie sich die Thematik und die Problemlage entwickle und welche Aufgaben zu lösen seien. Alle Wortmeldungen hätten dafür gesprochen, dass sich die Aufgaben – von der Erstaufnahme, über die Unterbringung, Zuführung zum Gesundheitssystem, bis hin zur Sprachförderung usw. - gewaltig nach oben bewegen werden. Vor diesem Hintergrund sei zu erkennen gewesen, dass nur ein gemeinsames Wirken aller kommunalen Kräfte dazu führen könne, dass man mit dieser zuwachsenden kommunalen Problematik auch gut klarkomme.

13.3

Der Landrat verwies auf die mit der Einladung vom 28.11.2014 und dem Nachtrag vom 04.12.2014 übersandten Anfragen der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 25.11.2014 sowie des Abg. Dr. Fleck vom 01., 02. und 03.12.2014. Die Anfragen seien inzwischen von der Verwaltung schriftlich beantwortet worden. Zudem liege als Tischvorlage noch eine Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.12.2014 zur Schulsozialarbeit im Rhein-Sieg-Kreis vor, die ebenfalls schriftlich beantwortet worden sei.

Abg. Dr. Fleck nahm Bezug auf seine Anfrage zur Benehmensherstellung im Zuge des Kreishaushalts. Hierin habe er auch nach der Einrichtung einer Sparkommission gefragt. Da nun keine Erhöhung der Kreisumlage mehr vorgesehen sei, wollte er wissen, ob insoweit die Einrichtung einer solchen Sparkommission überflüssig sei.

Der Landrat bejahte dies.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Ende des öffentlichen Teils